

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 2002

Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr real, das heißt von Preisinflüssen bereinigt, um 1% gestiegen. Den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz damit günstiger als im Bundesdurchschnitt (+0,2%). In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit +2,7% ebenfalls höher als in Deutschland (+2%). Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug somit knapp 94 Mrd. Euro.

Nachdem im ersten Halbjahr die Wachstumsrate in Rheinland-Pfalz preisbereinigt nur 0,3% betragen hatte, war danach im Jahresverlauf eine leichte konjunkturelle Belebung zu verzeichnen. Vor allem eine Erholung im verarbeitenden Gewerbe in Verbindung mit der regen Exportkonjunktur hat zu dieser Beschleunigung beigetragen. Während die reale Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe hier zu Lande um 1,3% stieg, war für die alten Bundesländer im Schnitt ein Rückgang um 0,8% festzustellen. Das Baugewerbe entwickelte sich zwar weiterhin rückläufig, dies war in Rheinland-Pfalz jedoch deutlich weniger ausgeprägt als im übrigen Bundesgebiet. Mit Ausnahme des Handels war in den Dienstleistungsbereichen wiederum ein wirtschaftliches Wachstum zu vermerken.

Niedriges Beschäftigungsniveau und steigende Arbeitslosigkeit

Auch auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich die schwache Konjunktur in Deutschland durch Beschäftigungsabbau und steigende Arbeitslosigkeit bemerkbar gemacht. Vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zufolge waren im Jahr 2002 insgesamt 1,76 Mill. Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz erwerbstätig. Das waren 2 500 oder 0,1% weniger als im Jahr zuvor; im Jahr 2001 hatte die Zahl der Erwerbstätigen noch um 0,4% und in 2000 um 2% zugenommen.

Im Jahresdurchschnitt registrierten die Arbeitsämter 143 700 Arbeitslose, rund 8 900 Personen oder 6,6% mehr als im vorherigen Jahr. Die negative Entwicklung des gesamten Jahres hat sich zum Jahresende nochmals verschlechtert. So meldeten sich im Dezember mehr als 26 600 Frauen und Männer arbeitslos, dies war der stärkste Zugang seit gut vier Jahren. Insgesamt waren Ende des Jahres 151 300 Personen arbeitslos, rund 9 500 oder 6,7% mehr als zwölf Monate zuvor. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbs-

personen, lag mit 7,5% um 0,4 Prozentpunkte höher als am Jahresende 2001. Berechnet auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbstätigen betrug die Arbeitslosenquote 8,4%. Ausschlaggebend für diese angespannte Situation waren weniger saisonale Einflüsse als vielmehr die schlechte Auftragslage vieler Unternehmen.

Frauen und Männer waren in unterschiedlichem Ausmaß von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Während sich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen mit +2,8% gegenüber dem Vorjahr nur unterdurchschnittlich erhöhte, stieg die Zahl der männlichen Arbeitslosen um 9,9%. Der Anteil der arbeitslosen Frauen an der Gesamtzahl sank dadurch von 44,4 auf 42,8%, der Anteil der Männer erhöhte sich entsprechend von 55,6 auf 57,2%. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war bei Arbeitern geringer (+5,3%) als bei Angestellten (+9,3%). Die Zusammensetzung der Arbeitslosen nach dem Arbeitsverhältnis hat sich dadurch etwas geändert (62,7% Arbeiter gegenüber 37,3% Angestellten).

Trotz der allgemeinen Entwicklung des Arbeitsmarktes konnten innerhalb der so genannten Problemgruppen zum Teil positive Tendenzen verzeichnet werden. Die Zahl der älteren Arbeitslosen (55 Jahre und älter)

Arbeitsmarkt Ende Dezember

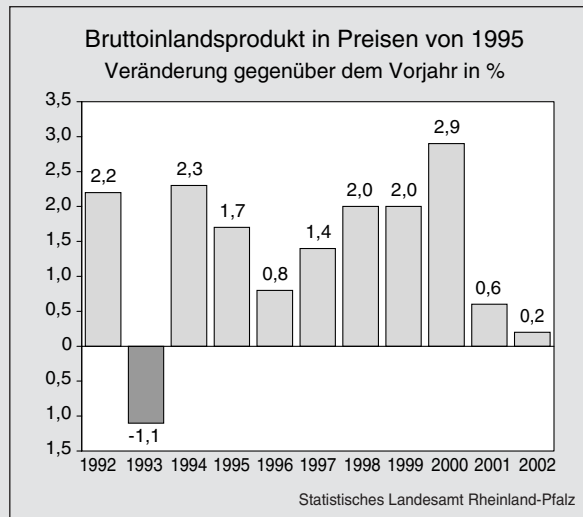
Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Arbeitslose	151 254	5,4	6,7
davon			
Vollzeitarbeit	130 208	5,5	7,6
Teilzeitarbeit	21 046	5,1	1,9
davon			
Männer	86 522	8,6	9,9
Frauen	64 732	1,7	2,8
darunter			
Ausländer	20 697	10,0	5,5
Jugendliche unter 20 Jahren	4 008	5,5	-13,1
Schwerbehinderte	6 548	-3,8	-12,3
Offene Stellen	24 026	-6,9	-2,2
Vollzeitarbeit	20 610	-6,9	-1,6
Teilzeitarbeit	3 416	-6,9	-5,6
Kurzarbeiter	7 706	198,8	58,2
Männer	6 204	182,0	58,4
Frauen	1 502	295,9	57,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Exkurs: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland entwickelte sich im Jahr 2002 nur sehr verhalten. Der für die zweite Jahreshälfte erwartete Aufschwung blieb aus. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes¹⁾ lag das reale Bruttoinlandsprodukt – der Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung – um 0,2% über dem Vorjahresniveau. Das war, nach einem Rückgang um 1,1% in 1993, die niedrigste Zuwachsrate seit der deutschen Einheit. Auch im Jahr 2001 war das Wachstum bereits mit +0,6% unter der Ein-Prozent-Marke geblieben. Als Grund für die schwache Wirtschaftsentwicklung werden vor allem die weltweit gedämpfte Konjunktur sowie geopolitische Risiken genannt. In jeweiligen Preisen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2% auf 2 112 Mrd. Euro.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,1% ähnlich wie in den alten Ländern mit +0,2%. Während jedoch die Wachstumsimpulse in den neuen Ländern vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe kamen, wogegen insbesondere das Baugewerbe sich weiter dämpfend auswirkte, trugen in den alten Bundesländern die Dienstleistungsbereiche in stärkerem Ausmaß zum Wachstum bei.



Das Finanzierungsdefizit des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter vergrößert und erreichte mit 77,2 Mrd. Euro einen Wert von 3,7% gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt. Nach diesen vorläufigen Berechnungen wurde die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes um 0,7 Prozentpunkte überschritten.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten die Dienstleistungsbereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+1,6%), Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+1,5%) so-

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Januar 2003.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
	Mrd. EUR	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt			
In jeweiligen Preisen	2 112	2,0	2,0
In Preisen von 1995	1 984	0,6	0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995			
Private Konsumausgaben	1 126	1,5	-0,5
Konsumausgaben des Staates	389	0,8	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	393	-5,3	-6,4
Ausrüstungsinvestitionen	152	-5,8	-8,4
Bauinvestitionen	214	-6,0	-5,9
sonstige Anlagen	27	5,0	2,5
Exporte	716	5,0	2,9
Importe	625	1,0	-1,3
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)			
In jeweiligen Preisen	2 100	1,7	2,1
In Preisen von 1995	1 973	0,2	0,3
Nettonationaleinkommen in jeweiligen Preisen			
Volkseinkommen	1 560	1,5	1,8
Arbeitnehmerentgelt	1 132	1,9	1,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	428	0,2	4,2

wie die öffentlichen und privaten Dienstleister (+1,1%) zum Wirtschaftswachstum beitragen. Negativ wirkten sich dagegen die Rückgänge der Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe (-1,4%) und in der Landwirtschaft (-1,3%) aus. Im Bereich Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe belief sich der Rückgang real auf 0,4%. Im Baugewerbe setzte sich der bereits seit 1995 andauernde Abwärtstrend fort: Die reale Wertschöpfung lag um 6,1% unter dem Vorjahreswert, in 2001 hatte der Rückgang 6,5% betragen.

Die Betrachtung der Verwendungsseite zeigt, dass das Wirtschaftswachstum fast ausschließlich von der Auslandsnachfrage getragen wurde. Der reale Außenbeitrag trug im Berichtsjahr 1,5 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Ohne den Exportüberschuss wäre ein Minus von 1,3% zu verzeichnen gewesen. Der positive Außenbeitrag resultierte dabei nicht allein aus dem Anstieg der Exporte um 2,9%, sondern auch aus dem gleichzeitigen Rückgang der Importe um 1,3%. Ungünstig entwickelte sich dagegen die Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern mit einem Rückgang von 1,3%. Der

private Konsum blieb um 0,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück; in 2001 konnten die privaten Konsumausgaben das Wirtschaftswachstum noch mit einem Anstieg von 1,5% stützen. Damit ist das Kaufvolumen der privaten Haushalte erstmals seit der deutschen Wiedervereinigung gesunken. Beschäftigungsabbau, die Verunsicherung im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung sowie Steuer- und Abgabendiskussionen haben zu einer anhaltenden Zurückhaltung der Verbraucher geführt. Die Zunahme der staatlichen Konsumausgaben um 1,5% konnte den Rückgang der Inlandsnachfrage insgesamt nicht ausgleichen. Auch die Bruttoanlageinvestitionen trugen mit einer Abnahme um 6,4% wesentlich zur Schwächung der inländischen Nachfrage bei. So sanken die Investitionen in Ausrüstungen mit -8,4% zum zweiten Mal in Folge (-5,8% in 2001), während sich die Bauinvestitionen bereits seit acht Jahren – mit Ausnahme des Jahres 1999 – in einem Abwärtstrend befinden und auch im Berichtsjahr um 5,9% zurückgingen. Lediglich bei den sonstigen Anlagen war ein Wachstum um 2,5% zu verzeichnen.

Auf Grund der anhaltenden konjunkturellen Schwäche blieb auch die für den Arbeitsmarkt erwartete Tendenzwende aus. Im Jahr 2002 waren durchschnittlich rund 38,67 Mill. Personen in Deutschland erwerbstätig, 246 000 oder 0,6% weniger als im Vorjahr. Dies war der erste Rückgang der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigkeit seit 1997. Auch das Beschäftigungsniveau des Jahres 2000 (38,75 Mill.) wurde unterschritten. 2001 konnte auf Grund der guten Ausgangslage aus dem Jahr 2000 noch ein leichtes Beschäftigungswachstum um 0,4% festgestellt werden. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) waren von dem Beschäftigungsabbau mit einem Rückgang um 1,7% weitaus stärker betroffen als die alten Länder mit -0,4%.

Auch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen schlug sich die insgesamt negative Entwicklung des letzten Jahres nieder. So fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsbereichen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich geringer aus, während sich der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe verstärkte. Im Bereich Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe waren 2,2% weniger Erwerbstätige beschäftigt als im Jahr 2001, in dem noch ein leichter Zuwachs festgestellt worden war. Im Baugewerbe sank die Beschäftigung wiederum beschleunigt um 6,4% – seit 1996 werden hier Beschäftigungsrückgänge registriert. Der Anstieg der Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen um 0,4% reichte nicht aus, um den Arbeitsplatzabbau in den anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland betrug Ende des Jahres 4,23 Mill., 261 600 oder 6,6% mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, lag mit 10,1% um 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. In den al-

ten Bundesländern stieg die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 8,2%. In den neuen Ländern wurde am Jahresende eine Quote von 18,4% aller zivilen Erwerbspersonen erreicht, das war ein Anstieg um 0,8 Prozentpunkte gegenüber Dezember 2001. Berechnet auf der Basis aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland 11,2%, das waren 0,6 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Außer von der schwachen Konjunktur wird der Arbeitsmarkt der neuen Länder weiterhin stark durch strukturelle Probleme belastet. Insbesondere Anpassungen im Baugewerbe und auch in Teilen des öffentlichen Dienstes hatten deutliche Beschäftigungsverluste zur Folge. Der geringere Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern (+4,8%) gegenüber dem früheren Bundesgebiet (+7,6%) ist auf Abwanderungen und Pendlerströme in die alten Länder zurückzuführen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland¹⁾ lag im Jahresdurchschnitt um 1,3% über dem Vorjahresniveau. Dies ist der niedrigste Wert seit 1999 (+0,6%). Im Jahr 2000 betrug der Anstieg 1,9%, im Jahr 2001 wurde eine Steigerung um 2,5% registriert. Mineralölprodukte verteuerten sich im Berichtsjahr um 0,1% und hatten somit keinen wesentlichen Einfluss auf die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate. Im früheren Bundesgebiet verteuerte sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt mit +1,4% etwas stärker als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit +1,1%.

Im Dezember lag der Preisindex um 1,1% über dem Vorjahreswert. In diesem Zeitraum stiegen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe jedoch weit überdurchschnittlich, so dass die Inflationsrate ohne Mineralölzeugnisse im Dezember nur 0,6% betragen hätte. Die Preisentwicklung im Laufe des Berichtsjahres wurde von unterschiedlichen Faktoren geprägt. Die höchste Jahresteuerrate wurde im Januar mit +2,1% erreicht. Hier machten sich neben witterungsbedingten Einflüssen vor allem die zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuererhöhungen (Kraftstoff-, Strom-, Tabak- und Versicherungsteuer) bemerkbar. Auch für Lebensmittel wurde zu Jahresbeginn ein starker Preisauftrieb festgestellt, der sich aber in der Folgezeit deutlich entspannte. Im Dezember lag das Preisniveau für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 1% niedriger als vor Jahresfrist. Auch für Bekleidung mussten die Verbraucher im Dezember weniger ausgeben als ein Jahr zuvor. Bei Tabakwaren ergaben sich dagegen im Jahresvergleich überdurchschnittliche Preissteigerungen (+5,7%). Auch starke Preiserhöhungen bei einigen Dienstleistungen trugen wesentlich zur Teuerung bei; so waren z. B. Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen im Dezember 2002 um 3,2% teurer als noch im entsprechenden Vorjahresmonat. Der zu Anfang des Jahres sehr kräftige Preisauftrieb bei Dienstleistungen hat sich zwar im Jahresverlauf deutlich verlangsamt, wurde aber insgesamt nicht zurückgenommen.

1) Neue Bezeichnung ab Januar 2003: Verbraucherpreisindex.

sank gegenüber dem Vorjahr um 10,1% auf insgesamt 20 500. An der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatten die Älteren infolgedessen noch einen Anteil von 13,5% gegenüber 16,1% Ende 2001. Auch die Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten hat mit -12,3% wieder deutlich abgenommen und belief sich im Dezember noch auf 6 500 Personen, dies entsprach einem Anteil von 4,3% an der Gesamtarbeitslosenzahl. Die Langzeitarbeitslosigkeit nahm dagegen 2002 wieder zu; 41 100 Personen waren Ende des Jahres betroffen, 3,2% mehr als zwölf Monate zuvor. Der Anteil am Gesamtvolumen ermäßigte sich wegen des unterdurchschnittlichen Anstiegs dennoch um fast einen Prozentpunkt auf 27,2%. Auch die Ausländer zählen nach einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 5,5% weiterhin zu den Problemgruppen. Am Jahresende waren rund 20 700 oder 13,7% der Arbeitslosen Ausländer.

Die Zahl der Teilzeitarbeitsuchenden ist mit +1,9% nur unterdurchschnittlich gestiegen, der Anteil dieses größtenteils weiblichen Personenkreises nahm auf 13,9% ab. Bei der Jugendarbeitslosigkeit (Personen unter 20 Jahre) war mit einem Rückgang um 13,1% eine erfreuliche Tendenz zu verzeichnen, bei der Gesamtheit der Jüngeren unter 25 Jahre stieg die Arbeitslosigkeit allerdings um 6,3%. Die Zunahme betraf demzufolge allein die 20- bis unter 25-Jährigen, die oft nicht von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen werden konnten bzw. auf Grund „sozialer Auswahlkriterien“ bei Personalentlassungen besonders betroffen waren.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im vergangenen Jahr in allen rheinland-pfälzischen Arbeitsamtsbezirken an. Den stärksten Zuwachs hatte mit +14,6% der Raum Pirmasens zu verzeichnen – diese Region ist mit einer Arbeitslosenquote von 10,4%, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, immer noch am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Zu überdurchschnittlichen Steigerungen der Arbeitslosenzahlen kam es auch in den Bezirken Ludwigshafen (+13,5%), Mayen (+10,3%), Neuwied (+10,1%) und Landau (+7,4%). In der Region Kaiserslautern blieb die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (+0,1%), jedoch ist die Arbeitslosenquote mit 8,9% weiterhin sehr hoch. Auch in Bad Kreuznach und Neuwied waren mit 8,4 bzw. 8,1% überdurchschnittlich hohe Quoten zu verzeichnen. Die niedrigste regionale Arbeitslosenquote weist mit 6,3% auch im Jahr 2002 der Raum Montabaur auf, gefolgt von Koblenz, Landau und Mainz mit jeweils 6,8% sowie Trier mit 7%, die alle unter dem Landeswert von 7,5% liegen.

Die schwierige Lage vieler Unternehmen führte dazu, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften im Jahr 2002 abermals deutlich nachgelassen hat. Die Zahl der von Betrieben und Verwaltungen gemeldeten offenen Stellen sank im Jahr 2002 insgesamt um knapp 33 200 bzw. 18% auf rund 151 000. Ende des Jahres waren 24 000 freie Arbeitsplätze registriert, 2,2% weniger als zwölf Monate zuvor. Entgegen der allgemeinen Entwicklung konnte in den Arbeitsamtsbezirken Mayen und Mainz eine gestiegene Einstellungsbereitschaft verzeichnet werden; die Zahl der gemeldeten offenen Stellen lag am Jahresende um 34,1 bzw. 23,4% über dem Vorjahreswert. Auch in den Bezirken Koblenz, Ludwigshafen und Montabaur war die Zahl der gemeldeten Stellen am Jahresende etwas höher als 2001. Die ungünstigste Entwicklung hatten Landau und Pirmasens mit Rückgängen um 39,1 bzw. 30,6% zu verzeichnen. 295 000 Personen meldeten sich 2002 arbeitslos, rund 18 000 oder

6,5% mehr als im Vorjahr. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenmeldungen wurde vor allem in der Metallindustrie, bei Banken und Versicherungen, beim Handel, im Verlags- und Druckgewerbe und in der Bauwirtschaft registriert.

Der gesunkene Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften zeigte sich auch in der Entwicklung der Kurzarbeit. Ende 2002 waren rund 7 700 Arbeitnehmer von dieser Maßnahme betroffen, 2 835 oder 58,2% mehr als zwölf Monate zuvor. Vor allem Unternehmen der Metallindustrie und der Bauwirtschaft mussten ihre Personalkapazitäten auf diese Weise an die schlechte Auftragslage anpassen. Den höchsten Anstieg registrierte der Bezirk Kaiserslautern, allein hier nahm die Zahl der Kurzarbeiter um knapp 1 500 auf 1 725 zu. Auch in den Regionen Mainz und Ludwigshafen war ein überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen. In den Arbeitsamtsbezirken Neuwied, Montabaur und Mayen ging die Kurzarbeit dagegen zurück.

Durch die Angebote des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums soll der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden. Den Schwerpunkt bildeten auch 2002 Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung, an denen 11 600 Frauen und Männer teilnahmen, 16,7% mehr als im Jahr zuvor. Durch direkte Förderung regulärer Beschäftigung (z. B. Eingliederungs- und Arbeitsentgeltzuschüsse, Überbrückungsgeld oder Einstellungszuschüsse bei Neugründungen) wurde insgesamt 7 100 Personen der Wiedereinstieg in den Beruf bzw. der Einstieg in die Selbständigkeit ermöglicht. 1 500 Personen waren Ende 2002 im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig, nur geringfügig mehr als im Vorjahr. Insgesamt wurden die verschiedenen Hilfsangebote der Arbeitsämter im Jahr 2002 von mehr als 43 000 Frauen und Männern in Anspruch genommen.

Starke Zunahme der Insolvenzen durch Rechtsänderung

Die rheinland-pfälzischen Gerichte entschieden im Jahr 2002 über insgesamt 4 123 Insolvenzanträge. Von den beantragten Verfahren entfielen 1 498 auf Unternehmen und 2 625 bzw. rund 64% auf die übrigen Schuldner.

Die Zahl der von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit betroffenen Unternehmen stieg im letzten Jahr um knapp 17% an. Mehr als die Hälfte der insolventen Unternehmen wurde in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Weitere vier Zehntel der Fälle betrafen Einzelunternehmen und nur 7% Personengesellschaften. Besonders zahlreich waren die Insolvenzanträge in den Bereichen Baugewerbe (407), Handel (295) sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (280). 198 der insolventen Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Gastgewerbe wurden 115 bzw. 101 Verfahren registriert.

Die Zahl der übrigen Schuldner hat sich im vergangenen Jahr fast verdreifacht, jedoch ist dies im Wesentlichen auf eine Änderung des Insolvenzrechts zurückzuführen: Um auch mittellosen Schuldnern ein Insolvenzverfahren zu ermöglichen, besteht seit dem 1. Dezember 2001 bei natürlichen Personen die Möglichkeit, die Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefrei-

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
			2001	2002
Kreditinstitute				
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 311	4,5	2,8
kurzfristig	"	12 677	2,2	-2,8
mittelfristig	"	9 189	3,7	1,6
langfristig	"	85 445	5,0	3,8
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	79 736	4,8	3,7
Sichtgelder	"	21 090	19,0	8,7
Termingelder	"	23 440	4,4	6,7
Sparbriefe	"	5 396	1,4	1,4
Spareinlagen	"	29 810	-1,9	-1,3
Insolvenzen				
Insolvenzen	Anzahl	4 123	27,1	86,9
Unternehmen	"	1 498	17,8	16,9
Verbraucher	"	1 276	59,0	72,2
übrige Schuldner	"	1 349	0,5	633,2
Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	1 595	25,8	93,9

ung zu stunden. Zudem wurde die Dauer der „Wohlverhaltensphase“ von sieben auf sechs Jahre verringert. Diese Erleichterung gilt für Verbraucher, ehemals selbständig Tätige sowie für Kleinunternehmen. Durch diese Reform des Insolvenzrechts ist ein Vergleich der aktuellen Zahlen mit den Vorjahreswerten beeinträchtigt.

Bei knapp der Hälfte der „übrigen Schuldner“ handelte es sich um Privatpersonen, welche die Möglichkeit zur Entschuldung durch ein Verbraucherinsolvenzverfahren nutzten. Die größten Auswirkungen der Rechtsänderung zeigten sich bei den ehemals selbständigen Personen, die 2002 ein Drittel dieser Schuldnergruppe ausmachten. Die meisten der ehemals selbständig Tätigen (93%) erfüllten jedoch nicht die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verbraucherverfahren und mussten daher ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen. Die restlichen knapp 18% betrafen natürliche Personen (beispielsweise persönlich haftende Gesellschafter insolventer Personengesellschaften) und Nachlässe.

Gut drei Viertel der Verfahren konnten eröffnet werden. Nur 866 Fälle mussten mangels Masse abgelehnt werden, da das verbliebene Vermögen nicht mehr zur Deckung der Prozesskosten ausreichte. Der hohe Anteil eröffneter Verfahren ist vor allem auf die Möglichkeit der Stundung der Gerichtskosten bei natürlichen Personen zurückzuführen. Bei 129 Verbraucheranträgen konnte das Verfahren durch die Annahme eines Schuldenbereinigungsplans abgewendet werden.

Die ermittelten offenen Forderungen waren fast doppelt so hoch wie im Vorjahr und betragen knapp 1,6 Mrd. Euro. Durchschnittlich entfielen auf jedes beantragte Verfahren Gläubigeransprüche in Höhe von 387 000 Euro. Fast drei Viertel der Forderungen (rund 73%) wurden gegenüber Unternehmen geltend ge-

macht. Dabei belief sich die durchschnittliche Anspruchshöhe auf rund 779 000 Euro pro Verfahren. Der Großteil der Forderungen (rund 85%) konnte im Rahmen eröffneter Verfahren verhandelt werden.

EZB-Zinssätze auf niedrigem Niveau

In seiner letzten Sitzung im Dezember vergangenen Jahres beschloss der Europäische Zentralbankrat eine deutliche Senkung der Leitzinsen für das Euro-Währungsgebiet. Der Mindestbietungssatz für die als Zinstender durchgeführten Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde um 0,5 Prozentpunkte auf 2,75% reduziert. Hauptrefinanzierungsoperationen haben im Rahmen der Offenmarktgeschäfte eine hohe Bedeutung, da über sie der größte Teil des Refinanzierungsvolumens an den Finanzsektor zur Verfügung gestellt wird. Zuletzt hatte der EZB-Rat den Leitzins im November 2001 auf 3,25% gesenkt. Auch der Zinssatz der Einlagefazilität wurde um 50 Basispunkte von 2,25 auf 1,75% ermäßigt. Die Einlagefazilität bietet Kreditinstituten die Möglichkeit, überschüssige Zentralbankguthaben kurzfristig im Eurosystem anzulegen. Der Zinssatz der Einlagefazilität bildet damit in der Regel auch die Untergrenze für den Tagesgeldsatz im Interbankenhandel. Der Satz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität – ein Instrument, das es Geschäftsbanken ermöglicht „Übernachtkredite“ bei der Zentralbank aufzunehmen – wurde von 4,25 auf 3,75% gesenkt. Mit der Senkung der Zinsen auf dieses im historischen Vergleich sehr niedrige Niveau reagierte die Notenbank auf den wegen der schwachen Konjunktur sinkenden Inflationsdruck und die weiterhin vorhandenen Abwärtsrisiken des Wirtschaftswachstums.

Die Geschäftsentwicklung der rheinland-pfälzischen Kreditinstitute wird von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank für Rheinland-Pfalz und das Saarland erfasst. Die Statistiken wiesen Ende des Jahres 2002 sowohl für das Aktiv- wie auch für das Passivgeschäft eine Steigerung der Geschäftstätigkeit aus. Der wichtigste Aktivposten – die Vergabe von Krediten an inländische Nichtbanken – stieg um 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Per Saldo haben die inländischen Bankkunden neue Kredite in Höhe von gut 2,9 Mrd. Euro aufgenommen. Der Schwerpunkt des Neugeschäftes lag, wie auch bereits im Vorjahr, mit einem Anstieg von 3,8% bei den langfristigen Krediten. Darlehen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren machen knapp vier Fünftel des Aktivgeschäftes mit inländischen Nichtbanken aus. Die Wachstumsrate bei den mittelfristigen Darlehen betrug 1,6%. Im Gegensatz dazu entwickelte sich das Kreditvolumen im kurzfristigen Laufzeitbereich mit -2,8% rückläufig. Getragen wurde das Aktivgeschäft in erster Linie von den privaten Haushalten¹⁾, die ihre Obligos um 4% aufstockten und auf die insgesamt 47% des gesamten Kreditvolumens entfielen. Auch die Kreditbestände der wirtschaftlich selbständigen Privatpersonen erhöhten sich um 4%, während die Unternehmen ihre Ausleihungen nur um 0,3% erweiterten. Die öffentlichen Haushalte stockten ihre Darlehensvolumina nach einem Wachstum von 23,6% im Vorjahr mit +1,3% vergleichsweise gering auf.

Im Einlagengeschäft verzeichneten die rheinland-pfälzischen Banken und Sparkassen einen Zuwachs

1) Wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

um 3,7%. Die Summe der Einlagen und aufgenommenen Kredite inländischer Nichtbanken betrug am Ende des Berichtsjahres 79,7 Mrd. Euro, rund 2,8 Mrd. Euro mehr als zwölf Monate zuvor. Insbesondere die Sichteinlagen trugen mit einem Plus von 8,7% zu diesem Wachstum bei. Auch die Steigerung der Terminanlagen um 6,7% beeinflusste die Geschäftsentwicklung positiv. Bei Sparbriefen war ein Anstieg um 1,4% zu verzeichnen. Der Bestand an Spareinlagen war mit -1,3% weiterhin rückläufig, machte jedoch immer noch gut 37% des Passivgeschäftes aus. Spareinlagen werden fast ausschließlich von privaten Haushalten als Geldanlage gewählt. Insgesamt steigerte diese Kundengruppe ihre Geldeinlagen bei den Kreditinstituten um 2,5%, wobei sich das Wachstum vor allem auf die täglich fälligen Sichteinlagen konzentrierte. Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen stockten ihr Einlagevolumen mit +7,8% kräftig auf; Neuanlagen wurden vor allem bei Sichteinlagen und Termingeldern getätigt. Nach einem starken Rückgang im Jahr 2001 um 30% blieb die Einlagenhöhe der öffentlichen Haushalte im Jahresvergleich weitgehend unverändert.

Exportorientierung stützt Umsätze in der Industrie; Entwicklung im Land deutlich günstiger als im Bund

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten setzten im letzten Jahr 62,3 Mrd. Euro um. Das waren nur 0,6% mehr als im Jahr zuvor. Die Umsatzentwicklung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm damit einen günstigeren Verlauf als im Durchschnitt aller Bundesländer (-1,5%). Dank der nachhaltigen Exportorientierung wurde das Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz wieder ausschließlich vom Auslandsmarkt getragen, wo die Umsätze nochmals um 4% auf 27,2 Mrd. Euro gesteigert werden konnten. Die Inlandsumsätze beliefen sich auf 35,1 Mrd. Euro, was einem Rückgang gegenüber 2001 um 2% entspricht. Die Exportquote lag mit 43,6% (2001: 42,2%) erneut deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 38% (2001: 37%).

Trotz der zumindest nominal positiven Umsatzentwicklung setzte sich der bereits in den früheren Jahren beobachtete Rückgang der Beschäftigung im vergangenen Jahr fort. Ende September 2002 waren 297 327 Personen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Das waren 1,8% oder rund 5 300 Personen weniger als im Jahr zuvor (2001: -0,8%). Damit war die Situation auch hier weniger ungünstig als im Bundesgebiet, wo ein Rückgang der Beschäftigung um 3,3% festgestellt wurde. Den stärksten Personalabbau verzeichneten in Rheinland-Pfalz die Verbrauchsgüterproduzenten, die im Vergleich zu Ende September 2001 über 2,8% weniger Arbeitsplätze verfügten, dicht gefolgt von den Gebrauchsgüterproduzenten (-2,7%) und den Vorleistungsgüterproduzenten (-1,9%). Dagegen konnten die Investitionsgüterproduzenten die Zahl ihrer Arbeitsplätze leicht um 0,3% erhöhen.

Während die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 3% auf 186 726 zurückging, erhöhte sich die Zahl der Angestelltenarbeitsplätze im gleichen Zeitraum geringfügig um 0,3%. Die von den Arbeitern geleisteten Stunden nahmen um 3,5% und damit wie bereits im Vorjahr in

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	2002	Veränderung zum Vorjahr in %
Beschäftigte ²⁾	Anzahl	297 327	-1,8
darunter			
Arbeiter ²⁾	"	186 726	-3,0
Geleistete Stunden der Arbeiter	1 000	291 606	-3,5
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	10 710	-0,8
Löhne	"	5 561	-1,7
Gehälter	"	5 149	0,1
Umsatz insgesamt	Mill. EUR	62 264	0,6
davon			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	318	-9,1
verarbeitendes Gewerbe	"	61 946	0,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	"	6 347	2,0
Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	"	599	-7,9
Ledergewerbe	"	655	-1,4
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	"	1 223	-6,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	"	3 222	-0,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	"	104	14,6
chemische Industrie	"	19 084	2,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	"	3 949	2,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	"	2 819	-3,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	"	6 083	-0,2
Maschinenbau	"	5 519	3,9
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	"	2 579	-3,0
Fahrzeugbau	"	8 551	-0,6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	"	1 212	-11,7
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	35 062	1,0
Investitionsgüterproduzenten	"	14 718	0,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	1 188	-11,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	11 296	1,2
Auslandsumsatz insgesamt	Mill. EUR	27 165	4,0
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	16 572	4,1
Investitionsgüterproduzenten	"	7 663	3,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	348	2,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	2 582	4,9
Volumenindex des Auftragseingangs	1995=100	108,2	3,1
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	112,5	3,9
Investitionsgüterproduzenten	"	107,4	2,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	85,1	-15,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	93,9	5,4

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Stand: Ende September.

stärkerem Maße als die Zahl der Arbeiter ab. Bei den von den Betrieben gezahlten Löhnen und Gehältern setzte sich der 2000 und 2001 beobachtete Anstieg nicht fort. Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 10,7 Mrd. Euro bedeuteten 2002 ein Minus von 0,8% gegenüber dem Vorjahr. Dabei haben sich Gehälter (+0,1%) und Löhne (-1,7%) unterschiedlich entwickelt.

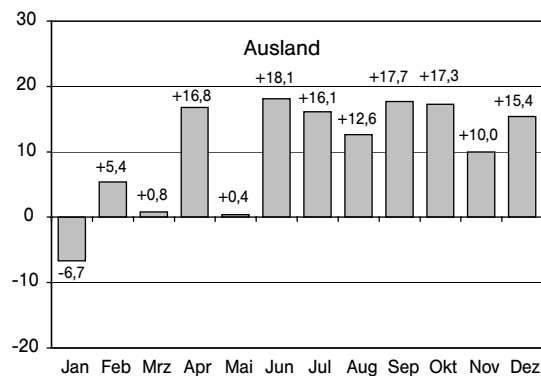
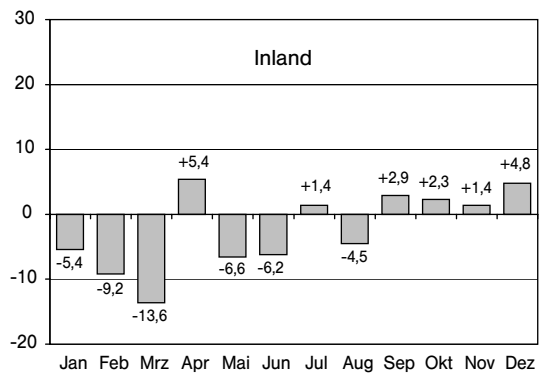
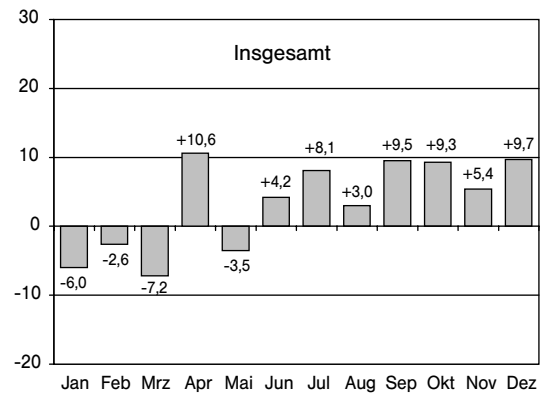
Zusammengefasst stellt sich die wirtschaftliche Lage der Industrie in Deutschland wie folgt dar: Im Jahresdurchschnitt 2002 waren gut 6,2 Mill. Personen in den Betrieben des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Im Vergleich zum Jahr 2001 nahm die Beschäftigung um 183 600 Personen oder 2,9% ab. Die geleisteten Arbeiterstunden verringerten sich um 4,9% auf 5 906 Mill. Die Lohn- und Gehaltssumme ging um 0,9% auf 224,3 Mrd. Euro zurück. Der Gesamtumsatz fiel um 1,5% auf 1 326 Mrd. Euro; der darin enthaltene Auslandsumsatz nahm um 1,1% auf 504 Mrd. Euro zu.

Chemische Industrie stützt das Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe

Das Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden wurde 2002 von der größten Industriehauptgruppe des Landes, den Vorleistungsgüterproduzenten, positiv beeinflusst, die im vergangenen Jahr 35,1 Mrd. Euro umsetzten und damit erneut deutlich mehr als die Hälfte (56%) des Gesamtumsatzes tätigten. Sie konnten wie die Verbrauchsgüterproduzenten Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahr erzielen, während der Umsatz im Investitionsgütersektor dem Vorjahresniveau entsprach und die Gebrauchsgüterproduzenten sogar ein hohes Minus von 11,1% hinnehmen mussten. In allen vier Hauptgruppen wurde die Gesamtentwicklung im vergangenen Jahr jedoch von den Exporten positiv beeinflusst. Die Vorleistungsgüterproduzenten, die gut sechs Zehntel des Auslandsgeschäftes auf sich vereinten, erzielten auf dem Auslandsmarkt ein hohes nominales Umsatzwachstum von 4,1% auf 16,6 Mill. Euro, während die Inlandsumsätze abermals zurückgingen.

Unter den einzelnen Wirtschaftszweigen übte die chemische Industrie auf Grund ihres hohen Gewichts (31% des Gesamtumsatzes) mit einem nominalen Umsatzwachstum um rund 478 Mill. Euro oder 2,6% wieder den stärksten Einfluss auf die Gesamtentwicklung aus. Sehr positiv zu bewerten ist hierbei, dass neben dem Umsatzplus von 3,8% auf 11,7 Mrd. Euro im Auslandsgeschäft auch eine Aufwärtsentwicklung im Inlandsgeschäft (+0,7%; 7,3 Mrd. Euro) zu erkennen war. Damit erhöhte sich die Exportquote in der chemischen Industrie von 60,9% im Jahr 2001 auf 61,6% in 2002. Günstige Umsatzentwicklungen ließen sich darüber hinaus insbesondere in den bedeutenden Bereichen Ernährungsindustrie und Maschinenbau beobachten. Das Umsatzwachstum gedrückt haben allerdings der Fahrzeugbau und die Metallindustrie, wenngleich die Einbußen dort sehr moderat blieben. Eine erhebliche Verschlechterung ihrer Geschäftslage beklagten auf der anderen Seite die von der Lage im Baugewerbe abhängigen Wirtschaftszweige Gewinnung von Steinen und Erden (-9,1%), Holzgewerbe ohne Möbelherstellung (-6,3%), sowie Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (-3%).

Volumenindex des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe 2002 (1995=100)
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingänge lassen günstigen Ausblick auf 2003 zu

Einen Hinweis auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung geben die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres bei der Industrie eingegangenen Produktionsaufträge. Nach diesem Frühindikator dürfen die größeren rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in den ersten Monaten des Jahres 2003 alles in allem eine zumindest zufrieden stellende Geschäftslage erwarten. Die ab Juni 2002 beobachtete

positive Entwicklung der Auftragseingänge betraf in erster Linie die Bestellungen aus dem Ausland. Aber auch die Inlandsaufträge zeigten im zweiten Halbjahr, abgesehen vom Monat August, eine Aufwärtstendenz.

Bei der Betrachtung des gesamten Jahreszeitraumes lässt sich erkennen, dass 2,8% mehr Aufträge als 2001 eingingen. Die Bestellungen aus dem Ausland (+9,4%) konnten die rückläufige Inlandsnachfrage (-2,6%) mehr als kompensieren. Auch für die einzelnen Hauptgruppen zeigt sich, dass die Auftragseingänge aus dem Ausland die schwache Inlandsnachfrage meist ausgleichen konnten. „Made in Rheinland-Pfalz“ hat bei den ausländischen Kunden offenbar Markencharakter. Die Verbrauchsgüterproduzenten wiesen bei einem Inlandsminus von 1,2% um 18% mehr Bestellungen aus dem Ausland aus, so dass die Gesamtbestellungen ein Plus von 5,4% erreichten. Es folgten die Vorleistungsgüterproduzenten mit insgesamt 3,9% und die Produzenten von Investitionsgütern mit 1,8% mehr Aufträgen für ihre Produkte, was allein auf die starke Auslandsnachfrage zurückzuführen war. Die Gebrauchsgüterproduzenten hingegen mussten eine schlechte Auftragslage bei den Inlands- und Auslandsgeschäften hinnehmen, was indes in der Gesamtschau weniger ins Gewicht fällt. In der Betrachtung einzelner rheinland-pfälzischer Wirtschaftszweige fällt die gute Auftragslage der chemischen Industrie auf. Dieser Schlüsselbereich kann auf eine positive Inlands- (+3,1%) und Auslandsorder (+11,7%) blicken. Der Fahrzeugbau weitete seine Auslandsaufträge um gut 22% aus und schloss trotz rückläufiger Inlandsnachfrage (-6%) mit +5,9% auf seine Gesamtbestellungen ab.

Erzeugerpreise gewerblicher Erzeugnisse steigen leicht

Die Umsatz- und Auftragseingangsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde auch 2002 von insgesamt leicht steigenden Erzeugerpreisen begleitet. Der Gesamtindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ohne Energie hat sich im gesamten Bundesgebiet im Jahresdurchschnitt 2002 gegenüber dem Vorjahr um 0,4% erhöht (2000: +1,5%).

Zu dem fortgesetzten Anstieg der Erzeugerpreise trugen insbesondere Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Maschinen bei, die sich im vergangenen Jahr überdurchschnittlich stark um 1,8% bzw. 1,4% verteuert haben. Die Preiserhöhungen von Leder und Lederwaren blieben mit +0,7% jedoch deutlich hinter denjenigen des Vorjahres (+1,5%) zurück. Ähnlich verhielt es sich bei den Gummi- und Kunststoffwaren (+0,2%), die im Jahr 2001 noch Preissteigerungen von 1,3% realisiert hatten. Auf der anderen Seite setzten sich bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen die Preisnachteile des Vorjahres (2001: -2,7%) mit -2,1% auch im Jahr 2002 fort. Die erwähnten Umsatzzuwächse und gefüllten Auftragsbücher in der chemischen Industrie gingen dort mit sinkenden Preisen (-0,9%) einher. Mineralölzeugnisse (-0,3%) verbilligten sich geringfügig. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass allein im Berichtsmoat Dezember 2002 die Entwicklung des Gesamtindex wesentlich vom Preisanstieg bei den Mineralölprodukten beeinflusst wurde, die sich gegenüber Dezember 2001 erheblich verteuerten. Dies galt für Kraftstoffe und in noch stärkerem Maße für Heizöl und Flüssiggas.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in Deutschland nach ausgewählten Erzeugnisgruppen 1995 = 100

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ¹⁾	103,4	1,5	0,4
Ausgewählte Erzeugnisgruppen			
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	104,9	4,2	-
Mineralölzeugnisse	144,6	-1,4	-0,3
Chemische Erzeugnisse	101,2	2,0	-0,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	74,6	-2,7	-2,1
Maschinen	108,0	1,4	1,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile	106,9	1,1	1,8
Gummi- und Kunststoffwaren	101,4	1,3	0,2
Leder und Lederwaren	105,8	1,5	0,7

1) Ohne Energie.

Nach wie vor keine konjunkturelle Erholung im Baugewerbe

In der Bauwirtschaft war auch im Jahr 2002 keine konjunkturelle Erholung in Sicht. Während die baugewerblichen Umsätze in Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 wenigstens nominal noch leicht angestiegen waren, gingen sie in den letzten beiden Jahren sowohl nominal als auch real zurück. Bei den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe setzte sich die seit 1999 beobachtete negative Entwicklung unvermindert fort. Im Verlauf des Jahres gab es jedoch kein einheitliches Bild. In den Monaten Februar bis Juni blieben die Bestellungen deutlich hinter den vergleichbaren Vorjahreswerten zurück. Wenngleich in der zweiten Jahreshälfte eine ganz überwiegend positive Auftragsentwicklung gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten auf eine beginnende Erholung hoffen ließ, so waren die Einbußen über das gesamte Jahr gesehen doch erheblich.

Im Jahr 2002 gab es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe (hierzu zählen der Hoch- und Tiefbau sowie der Bereich der vorbereitenden Baustellenarbeiten) im Monatsdurchschnitt nur noch 476 Betriebe von Unternehmen mit jeweils 20 und mehr Beschäftigten. Das waren 34 Betriebe oder 6,7% weniger als vor Jahresfrist. In diesen Betrieben waren gut 22 800 Menschen tätig, rund 1 500 Personen oder 6,3% weniger als im Vorjahr. Der Abbau von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz nahm damit wieder geringere Ausmaße an als im gesamten Bundesgebiet, wo 2002 um 7,8% weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe gezählt wurden. In Deutschland waren in allen Betrieben des Hoch- und Tiefbaus sowie in der Baustellenvorbereitung im Jahresdurchschnitt 2002 rund 880 000 Personen tätig; das waren 74 000 weniger als 2001. Der bundesweit seit 1996 anhaltende Beschäftigungsabbau setzte sich damit weiter fort.

Baugewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
			2001	2002
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) ¹⁾				
Betriebe ²⁾	Anzahl	476	-3,6	-6,7
Beschäftigte ²⁾	Anzahl	22 837	-5,6	-6,3
ausländische Arbeitnehmer ²⁾	"	1 840	-5,7	-12,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 245	-8,5	-8,0
Hochbau	"	11 688	-8,8	-13,0
Wohnungsbau	"	4 493	-16,1	-15,8
gewerblicher Hochbau	"	5 077	-3,6	-14,9
gewerblicher und industrieller Bau	"	4 879	-2,8	-16,3
Bahn und Post	"	160	.	138,8
landwirtschaftl. Bau	"	38	.	-45,7
öffentlicher Hochbau	"	2 118	-2,1	-1,1
Tiefbau	"	15 557	-8,3	-3,7
gewerblicher Tiefbau	"	3 679	-23,6	0,8
gewerblicher und industrieller Bau	"	2 766	-2,8	0,4
Bahn und Post	"	913	-53,9	1,9
öffentlicher Tiefbau	"	5 197	-1,6	-7,2
Straßenbau	"	6 681	-3,5	-3,3
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	717	-4,8	-4,4
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mill. EUR	2 693	-5,3	-4,4
Hochbau	"	1 263	-3,4	-6,9
Wohnungsbau	"	368	-16,0	-14,5
gewerblicher Hochbau	"	616	4,0	-3,3
gewerblicher und industrieller Bau	"	597	5,5	-4,8
Bahn und Post	"	15	-41,3	190,0
landwirtschaftl. Bau	"	4	-49,3	-13,2
öffentlicher Hochbau	"	279	3,8	-3,6
Tiefbau	"	1 430	-7,0	-2,1
gewerblicher Tiefbau	"	346	-30,2	2,2
gewerblicher und industrieller Bau	"	234	2,2	3,8
Bahn und Post	"	112	-57,2	-0,9
öffentlicher Tiefbau	"	433	-3,7	-6,7
Straßenbau	"	650	9,0	-1,1
Auftragseingang ³⁾	"	2 215	-2,6	-3,7
Hochbau	"	1 092	-12,8	-0,9
Tiefbau	"	1 123	9,0	-6,3
Auftragsbestand ³⁾ (31.12.)	"	867	-8,9	-4,2
Hochbau	"	405	-8,7	-8,9
Tiefbau	"	463	-9,0	0,3
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe) ¹⁾				
Betriebe ⁴⁾	Anzahl	386	-2,0	-2,0
Beschäftigte ⁴⁾	"	13 214	-3,2	-4,6
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	15 690	-4,6	-6,5
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	347	-1,9	-3,0
Gesamtumsatz ³⁾	"	1 153	-6,2	-3,0

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Monatsdurchschnitt. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) Vierteljahresdurchschnitt.

Die Zahl der auf den Baustellen geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich in Rheinland-Pfalz gleichzeitig um 8% (Deutschland: -9,3%). Mit dem Beschäftigungsrückgang ging im vergangenen Jahr erneut auch ein Rückgang der Summe der von den Betrieben ausgezahlten Bruttolöhne und -gehälter einher, und zwar um 4,4% auf 717 Mill. Euro. Im Jahr 2001 hatte das Minus sogar bei 4,8% gelegen.

Umsatzentwicklung nur im gewerblichen Tiefbau positiv

Die Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten erzielten 2002 mit 2,7 Mrd. Euro einen baugewerblichen Umsatz, der um rund 125 Mill. Euro oder 4,4% unter dem Vorjahreswert lag. Damit schnitten die Betriebe in Rheinland-Pfalz abermals besser ab als im Bundesgebiet, wo die Baufirmen im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von 5,9% hinnehmen mussten.

Während im Jahr 2000 im Tiefbau des Landes die baugewerblichen Umsätze noch gestiegen waren, kehrte sich die Entwicklung bereits 2001 um (-7%) . Für 2002 wurde noch einmal ein Minus von 2,1% ermittelt. Zu diesen Umsatzeinbußen im Tiefbau trug in erster Linie der öffentliche Tiefbau (-6,7%) bei. Während beim Straßenbau (-1,1%) die im letzten Jahr beobachtete Phase der Umsatzsteigerung bereits endete, konnte der gewerbliche Tiefbau (+2,2%) nach dem Einbruch im Jahr 2001 wieder zulegen. Im Hochbau (-6,9%) hat sich die seit Jahren beobachtete Abwärtsentwicklung im Wohnungsbau fortgesetzt. Die Umsätze in diesem Bereich gingen 2002 um 14,5% auf inzwischen nur noch rund 368 Mill. Euro zurück. In weniger gravierendem Ausmaß verzeichneten die Betriebe im gewerblichen (-3,3%) und öffentlichen Hochbau (-3,6%) im vergangenen Jahr ebenfalls Umsatzrückgänge.

Tiefbau bestimmt die negative Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe

Die im Bauhauptgewerbe im Jahr 2002 eingegangenen Aufträge wiesen einen Gesamtwert von rund 2,2 Mrd. Euro auf. Das waren 85 Mill. Euro oder 3,7% weniger als im Jahr zuvor. Damit hat sich die bereits seit 1999 beobachtete negative Auftragsentwicklung in diesem Bereich weiter fortgesetzt. Sowohl im Hoch- wie auch im Tiefbau wurden jeweils Aufträge im Wert von etwa 1,1 Mrd. Euro erteilt. Der Rückgang der Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe spielte sich 2002 überwiegend im Tiefbau (-6,3%) ab, wozu der gewerbliche Tiefbau (-9,1%) und der Straßenbau (-6,6%) am stärksten beitrugen. Während im gewerblichen Tiefbau vor allem der gewerbliche und industrielle Bau sehr viel weniger Bestelleingänge verbuchte, legten Bahn und Post stark zu. Im Unterschied zum Tiefbau erlebte der Hochbau nach einem sehr schlechten Jahr 2001 im letzten Jahr nur ein vergleichsweise leichtes Minus von 0,9% bei den erteilten Bauaufträgen. Zu diesem moderaten Rückgang in 2002 trug vor allem der öffentliche Hochbau (+14,1%) einen nennenswerten Teil bei, der nach schwachem Vorjahr wieder deutlich mehr Aufträge hereinholen konnte und auf den rund ein Viertel des Auftragsvolumens im Hochbau entfällt. Das Plus an Auftrags-eingängen ließ sich im öffentlichen Hochbau allein auf das Bauinteresse der Körperschaften des öffentlichen Rechts zurückführen.

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
1995 = 100

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Wohngebäude			
Bauleistungen insgesamt	98,6	-0,1	-
Bauleistungen am Bauwerk (reine Baukosten)	98,5	-0,2	-
Rohbauarbeiten	93,5	-1,2	-0,7
Ausbauarbeiten	103,4	0,8	0,6
Bürogebäude	100,7	0,4	0,2
Straßenbau	98,3	0,8	-0,3

Auf Bundesebene sah die Entwicklung im Hoch- und Tiefbau 2002 etwas anders aus: Hier verzeichneten die Betriebe im Bauhauptgewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten preisbereinigt 5,9% niedrigere Auftragseingänge als im Vorjahr. Bundesweit verringerte sich allerdings vornehmlich die Baunachfrage im Hochbau um 11,5%; im Tiefbau nahm sie hingegen um 1,5% zu.

Infolge der relativ ungünstigen Auftragsentwicklung im vergangenen Jahr verfügten die Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten Ende Dezember 2002 über einen Auftragsbestand von nur noch 867 Mill. Euro, woraus sich wie im Vorjahr eine Reichweite der Aufträge von 3,9 Monaten errechnet. Dabei schnitt der Tiefbau mit ebenfalls 3,9 Monaten trotz seiner negativen Auftragsentwicklung etwas besser ab als der Hochbau (3,8 Monate). Ende Dezember 2000 hatte die Reichweite des Auftragsbestands des gesamten Bauhauptgewerbes noch bei vier Monaten gelegen.

69% der geplanten Investitionen im Wohnungsbau entfallen auf Einfamilienhäuser

Eine Vorstellung von der künftigen Entwicklung im Wohnungsbau gibt die Zahl der Baugenehmigungen des Jahres 2002. Während der jahrelang beobachtete Trend steigender Genehmigungen von Eigenheimen in den Jahren 2000 und 2001 gebrochen wurde, setzte im Jahr 2002 wieder eine Belebung ein. Die rheinland-pfälzischen Baubehörden haben im vergangenen Jahr insgesamt 9 628 neue Wohngebäude genehmigt, das waren 6% mehr als 2001. Ursache für den insgesamt positiven Trend war ausschließlich die anhaltend hohe Nachfrage nach Einfamilienhäusern. In dieser Gebäudekategorie stiegen die Baugenehmigungen von 7 082 im Jahr 2001 auf 7 673 (+8,3%). Die Anzahl der genehmigten Zweifamilienhäuser blieb mit 1 537 gegenüber 2001 (1 531) konstant. Entgegen dieser Entwicklung sind noch nie so wenige Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erteilt worden wie im vergangenen Jahr; 2002 wurden nur 417 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 2 251 Wohnungen zum Bau freigegeben. Die kalkulierten Baukosten für genehmigte neue Wohngebäude lagen 2002 mit insgesamt 2,16 Mrd. Euro um 2% über den 2001 geplanten Investitionen. Mit rund 1,46 Mrd. Euro entfallen fast 69% der Mittel auf den Bau neuer Einfamilienhäuser.

Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden stabil

Die Umsatz- und Auftragseingangsentwicklung im Bauhauptgewerbe wurde 2002 insgesamt von stabilen Preisen begleitet. So sind die Bauleistungen an Wohngebäuden insgesamt im Durchschnitt der Monate Februar, Mai, August und November 2002 gegenüber dem Vorjahr in Deutschland unverändert geblieben, nachdem 2001 die Preise noch um 0,1% gesunken waren. Während sich die Rohbauarbeiten um 0,7% verbilligt haben, verteuerten sich die Ausbauarbeiten nochmals um 0,6%. Günstiger geworden sind die Bauleistungen im Straßenbau (-0,3%).

Erneut weniger Beschäftigte bei rückläufigen Umsätzen im Handwerk

Die rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen schlossen das Jahr 2002 mit rückläufigen Umsätzen ab, wobei das Vorjahresergebnis um 8,5% unterschritten wurde. Ähnlich wie bereits 2001 konnte die Zahl der Beschäftigten nicht gehalten werden, sie verzeichnete sogar ein Minus von 3,6%.

Die zum verarbeitenden Gewerbe zählenden Handwerksunternehmen blieben insgesamt um 6,8% hinter ihrem Vorjahresumsatz zurück, was insbesondere auf die negative Geschäftsentwicklung im Glasgewerbe und im Bekleidungs-gewerbe zurückzuführen war. Umsatzsteigerungen konnten andererseits die Handwerker im Bereich der Herstellung von medizinisch-technischen Geräten sowie Geräten der Mess- und Steuerungstechnik verbuchen. Im Baugewerbe – hier waren vor allem die Elektroinstallateure sowie die Gas-, Wasser- und Heizungsinstallateure betroffen – unterschritten die Handwerksunternehmen den Umsatzwert des Jahres 2001 um 5,7%. Auch bei den Handwerksunternehmen mit Tätigkeitsschwerpunkt im Handel blieben die erzielten Erlöse deutlich unter dem Vorjahresergebnis, und zwar um 13,1%. Unter den Dienstleistungs-

Handwerk
1998 = 100

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Beschäftigte			
Insgesamt	87,3	-3,6	-3,9
Umsatz			
Insgesamt	93,6	-1,0	-8,6
davon			
Bau- und Ausbaugewerbe	91,7	-5,5	-4,6
Elektro- und Metallgewerbe	97,3	1,8	-11,9
Holzgewerbe	77,1	-13,6	-2,8
Bekleidungs-, Textil- und Leder-gewerbe	81,2	1,9	-14,0
Nahrungsmittelgewerbe	82,2	0,6	-9,8
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege, chemische Gewerbe sowie Reinigungsgewerbe	104,9	2,8	-3,0
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	80,4	-4,5	-10,6

handwerkern, die überwiegend für andere Unternehmen tätig werden, konnten die Gebäudereiniger ein leichtes Umsatzplus von 0,6% erwirtschaften.

Die größten Einschnitte bei den Beschäftigtenzahlen gab es bei den Handwerkern des Baugewerbes (-5,4%). Im verarbeitenden Gewerbe, das seinen Beschäftigtenstand um 4,7% reduzierte, zog sich die negative Entwicklung durch alle Wirtschaftszweige mit Ausnahme des handwerklichen Maschinenbaus sowie der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik. Handwerker, die überwiegend Handel betreiben, unterschritten die Beschäftigtenzahl des Vorjahres um 4,1%.

Ergebnis im Außenhandel uneinheitlich

Während im Jahr 2002 die rheinland-pfälzische Konjunktur moderate Impulse vom Export erhielt, konnte auf der Importseite das Niveau des Vorjahres nicht gehalten werden. Nach einer Hochrechnung auf der Grundlage der vorläufigen Ergebnisse der Monate Januar bis November expandierten die rheinland-pfälzischen Exporte im Jahresverlauf 2002 gegenüber 2001 um 1,8% auf 26,1 Mrd. Euro. Exporteinbußen in den Monaten Januar, März und Mai standen in den übrigen Monaten wertmäßig hohe Zuwachsraten gegenüber, die nicht selten sogar zweistellig ausfielen. Die Importe fielen 2002 wertmäßig um 2,1% auf 17,4 Mrd. Euro, nachdem im Vorjahr bereits ein Minus von 3% ermittelt worden war. Daran anknüpfend entwickelten sich die Importgeschäfte auch im ersten Halbjahr 2002 rückläufig. Einfuhrseitig setzte dann allerdings im August eine Trendwende ein, die zumindest bis zum Berichtsmontat November anhielt und in deren Folge die Einbußen der ersten Monate des Jahres teilweise kompensiert wurden.

Der überwiegende Teil der rheinland-pfälzischen Ausfuhren betraf Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft. Hier dominierte der Export von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen, die 18% der fertigen Enderzeugnisse ausmachten. Darüber hinaus hatten aber auch die chemischen Vorerzeugnisse einen erheblichen Ausfuhranteil. Einfuhrseitig dominierten ebenfalls die Fertigwaren. Hier entfielen drei Viertel auf Enderzeugnisse und ein Viertel auf Vorerzeugnisse.

Ausfuhren in EU-Länder gewachsen; Einfuhren rückläufig

Die Ausfuhren in die Partnerländer der Europäischen Union (EU) stiegen um 3,7% auf 14,7 Mrd. Euro und entwickelten sich damit überdurchschnittlich gut. Eine Differenzierung nach Abnehmerländern innerhalb der EU zeigt, dass die Exportgeschäfte mit fast allen Mitgliedstaaten positiv verliefen und die Exporte nach Luxemburg, Spanien, Finnland, Irland und Belgien die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen hatten. Die Lieferungen nach Frankreich fielen allerdings um 1% auf annähernd 3,5 Mrd. Euro. Innerhalb der EU ist Italien hinter Frankreich der zweitwichtigste Abnehmer rheinland-pfälzischer Waren. Bei einem Plus von 6,6% fanden Waren im Wert von gut 2,1 Mrd. Euro italienische Abnehmer. An dritter Stelle der Rangliste liegt Großbritannien mit einer überdurchschnittlichen Wachstumsrate von 9,7% auf etwas mehr als 2 Mrd. Euro.

Aus der EU wurden dagegen 2002 insgesamt 0,7% weniger Waren (10,2 Mrd. Euro) eingeführt als im Jahr zuvor. Vor dem maßgeblichen Hintergrund, dass gut

Außenhandel

Berichtsmerkmal	Veränderung zum Vorjahr in %		
	2002 ¹⁾ Mill. Euro	2001 ²⁾	2002
Ausfuhr			
Ernährungswirtschaft	1 750	28,0	8,4
lebende Tiere	11	-21,2	19,0
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	185	28,9	-25,9
pflanzlichen Ursprungs	590	16,8	7,8
Genussmittel	964	36,6	19,2
Gewerbliche Wirtschaft	24 358	3,3	1,3
Rohstoffe	224	-12,7	7,7
Halbwaren	961	7,0	-3,1
Fertigwaren	23 173	3,4	1,4
Vorerzeugnisse	7 053	-0,8	-1,6
Enderzeugnisse	16 120	5,4	2,9
Insgesamt	26 108	4,6	1,8
Einfuhr			
Ernährungswirtschaft	1 757	1,3	7,9
lebende Tiere	8	6,1	-0,9
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	301	-3,2	19,0
pflanzlichen Ursprungs	949	9,8	9,5
Genussmittel	498	-8,9	0,2
Gewerbliche Wirtschaft	15 633	-3,4	-3,1
Rohstoffe	446	-26,4	11,9
Halbwaren	2 031	-15,9	-14,1
Fertigwaren	13 157	-0,2	-1,5
Vorerzeugnisse	3 326	5,6	-2,5
Enderzeugnisse	9 831	-2,1	-1,1
Insgesamt	17 390	-3,0	-2,1

1) Berechnet auf Basis der Entwicklung im Zeitraum Januar bis November 2002. – 2) Vergleichbarkeit auf Grund geänderter Warensystematiken teilweise eingeschränkt.

sechs Zehntel der rheinland-pfälzischen Importe aus dem EU-Binnenmarkt stammen, wird die gedämpfte Gesamtentwicklung nachvollziehbar. Die Einbußen konzentrierten sich in erster Linie auf die Einfuhren aus den Niederlanden, Belgien, Großbritannien und Dänemark. Aus Frankreich, Italien und Finnland gelangten hingegen deutlich mehr Produkte nach Rheinland-Pfalz. Bei einem Importrückgang um 7% auf rund 2 Mrd. Euro stehen die Niederlande im Jahr 2002 in der Rangfolge der wichtigsten rheinland-pfälzischen Lieferanten wieder hinter Frankreich (2,5 Mrd. Euro, +9,3%). Auf den nächsten Positionen folgen Belgien (1,7 Mrd. Euro; -3%) und Italien (1,3 Mrd. Euro; +9,8%).

Außenhandel mit Amerika und Asien schwächer

Die Ausfuhrgeschäfte mit Asien (3 Mrd. Euro; -7%) und Amerika (2,9 Mrd. Euro; -4,2%) waren im Jahr 2002 insgesamt rückläufig. In Amerika sind neben den USA, die mit gut 1,9 Mrd. Euro wertmäßig um 2,3% weniger Waren abnahmen als im Jahr zuvor, Mexiko, Venezuela, Brasilien und Argentinien auf Grund abnehmender Lieferungen zu nennen. Andererseits nahmen die Exporte nach Kanada und nach Peru zu. In Asien fallen bei der Betrachtung der wichtigsten Handelspartner zuerst die Exportrückgänge nach Japan, Thailand, Taiwan und

Singapur auf. In die Volksrepublik China, die Arabischen Emirate, nach Saudi-Arabien und nach Hongkong wurde indes mehr exportiert als im Jahr 2001. Bei einem Minus von 1,5% gegenüber dem Vorjahr wurden nach Afrika Waren im Wert von 576,5 Mill. Euro ausgeführt. Die Ausfuhren nach Afrika gingen 2002 zu vier Zehntel in die Republik Südafrika (235 Mill. Euro; +7,2%).

Die Geschäftsbeziehungen zu den wichtigen außer-europäischen Partnern verliefen auf der Importseite überwiegend negativ. Die Importe aus Japan, Hongkong, Thailand und Indien entwickelten sich rückläufig. Die Volksrepublik China, einführseitig für Rheinland-Pfalz seit 2000 die Nummer eins auf dem asiatischen Markt, lieferte bei einem erneuten Plus von 4,5% Waren im Wert von 553 Mill. Euro und erzielte damit einen neuen Spitzenwert. Im Handel mit Amerika (1,5 Mrd. Euro; -18%) wurden deutlich niedrigere Handelsabschlüsse erzielt als noch im Vorjahr. Die Einfuhren aus den USA nahmen hierbei um 15,8% auf 1,1 Mrd. Euro ab. Einfuhren aus Afrika (350 Mill. Euro) gingen um ein gutes Siebtel zurück, wobei die rheinland-pfälzischen Geschäftspartner aus Südafrika (61 Mill. Euro; -65%) auffallend weniger importierten.

Polen ist wichtiger Handelspartner unter den mittel- und osteuropäischen Ländern

Beim Export in andere europäische Länder wiesen vor allem die Lieferungen nach Polen (583 Mill. Euro; +13%), in die Tschechische Republik (445 Mill. Euro; +3,4%), die Slowakei (118 Mill. Euro; +13%) und nach Kroatien (66 Mill. Euro; +2,2%) Wachstumsraten auf. Gleichzeitig blieben die Exporte nach Ungarn, Rumänien und Russland hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Mehr als ein Zehntel der nach Rheinland-Pfalz importierten Waren (1,8 Mrd. Euro; +6,7%) stammten 2002 aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. Die Tschechische Republik (452 Mill. Euro; -3,6%) und Russland (385 Mill. Euro; +38%) spielten hier eine wichtige Rolle. Aus Ungarn kamen Waren im Wert von 360 Mill. Euro (-15%).

Rückläufige Binnennachfrage im Einzelhandel

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – gingen die Umsätze 2002 nominal gegenüber dem Vorjahr zurück, nachdem im Jahr 2001 vorübergehend ein Umsatzwachstum verzeichnet worden war. Nach vorläufigen Berechnungen ergab sich gegenüber 2001 ein Minus von 1,5%. Preisbereinigt war sogar ein Minus von 2,2% zu verzeichnen. Die Beschäftigtenzahl nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,4% ab. Während sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten verringerte, stieg die Zahl der Teilzeitkräfte an.

Im stationären Handel gingen die Umsätze gegenüber 2001 um 1,5% zurück. Dabei mussten vor allem die Facheinzelhändler – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Umsatzseinbußen hinnehmen. Am stärksten betroffen hiervon war der Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat (-10,4%) sowie mit Schuhen (-6,7%). Demgegenüber schnitten Apotheker (+6,8%) und Facheinzelhändler mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln (+3,7%) gut ab.

Einzelhandel 2000 = 100

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)^P			
Insgesamt	101,7	2,1	-0,4
Umsatz^P			
Insgesamt	100,8	2,3	-1,5
Einzelhandel/Facheinzelhandel mit/in ...			
Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	102,3	1,6	0,7
Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	103,8	2,1	1,7
sonstigen Waren verschiedener Art	90,6	-2,1	-7,5
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	101,5	2,2	-0,6
Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	110,0	13,1	-2,7
Getränken	97,1	-1,4	-1,5
Tabakwaren	99,0	-1,0	0,0
Apotheken; medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	113,8	7,6	5,7
Apotheken	114,7	7,3	6,8
medizinischen und orthopädischen Artikeln	85,6	-11,1	-3,7
kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln	116,2	12,1	3,7
sonstigen Waren (in Verkaufsräumen)	95,8	1,2	-5,4
Bekleidung	99,4	3,8	-4,2
Schuhen und Lederwaren	95,1	1,8	-6,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat	94,1	5,0	-10,4
elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	98,3	2,5	-4,1
Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	92,1	-4,5	-3,5
Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	99,6	0,2	-0,6
sonstigem Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	95,1	0,1	-5,0
Waren (nicht in Verkaufsräumen)	91,9	2,1	-10,0
Versandhandel	84,9	-5,7	-9,9
sonstigen Waren (nicht in Verkaufsräumen)	95,9	7,3	-10,6
Preisindex (Deutschland) 1995 = 100			
Einzelhandelspreise insgesamt	105,3	1,6	0,7

Im nichtstationären Einzelhandel – hierzu gehört beispielsweise der Handel vom Lager und auf Märkten – konnten die Umsätze des Vorjahres ebenfalls nicht gehalten werden (-10%). Der Versandhandel musste nach bereits im Vorjahr erlittenem Umsatzminus weitere starke Umsatzrückgänge (-9,9%) hinnehmen.

Der Kraftfahrzeughandel und die Tankstellen verzeichneten ein Umsatzplus von 0,5%. Während im Han-

del mit Kraftwagen (-0,7%) eine Abwärtsentwicklung zu beobachten war, verlief der Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör positiv (+8,3%). Im Kraftfahrzeughandel und an Tankstellen konnte die Beschäftigtenzahl um 2,8% gesteigert werden, wobei um 2,4% mehr Voll- und um 4,7% mehr Teilzeitkräfte beschäftigt wurden.

Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter stiegen deutlich stärker als im Vorjahr

Der Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe erreichte im Jahr 2002 mit durchschnittlich 15 Euro im Vergleich zum Vorjahr (14,61 Euro) ein um 2,7% höheres Niveau. Da sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit verringerte (37,8 Stunden gegenüber 38 Stunden im Jahr 2001), stiegen die Monatsverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter lediglich um 2,1% auf 2 465 Euro im Durchschnitt des Jahres 2002. Der Stundenlohn der Frauen erreichte mit 11,48 Euro im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes knapp drei Viertel der Entlohnung der Männer (15,41 Euro). Eine Erklärung für den deutlich niedrigeren Durchschnittsverdienst der Frauen ist, dass der Anteil der Frauen in Niedriglohnbereichen wie dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe (Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen im Jahr 2002: 9,81 Euro), dem Ledergewerbe (8,82 Euro) und dem Ernährungsgewerbe (10,23 Euro) relativ hoch ist.

Die Bruttomonatsgehälter der vollzeitbeschäftigten Angestellten des produzierenden Gewerbes sind mit 3 572 Euro im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 2,8% gestiegen. Hohe Zuwachsraten wurden für das Druckgewerbe (+4,4%), den Wirtschaftszweig Glas-gewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (+3,9%), das Ernährungsgewerbe (+3,6%) sowie das Ledergewerbe (+3,5%) ermittelt. Allerdings lag das Gehaltsniveau in diesen Bereichen mit 3 131 Euro (Druckgewerbe), 3 435 Euro (Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden), 3 416 Euro (Ernährungsgewerbe) und 2 776 Euro (Ledergewerbe) zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes. Die höchsten Monatsgehälter zahlten wie in den Vorjahren die Unternehmen des Fahrzeugbaus mit 3 971 Euro (+2,5%) sowie der chemischen Industrie mit 3 867 Euro (+2,4%).

Im Durchschnitt der statistisch erfassten Dienstleistungsbereiche Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten die Angestellten im Jahr 2002 monatlich 2 687 Euro brutto und damit 3,4% mehr als im Vorjahr. Die Aussagekraft des Vergleichs mit dem Jahr 2001 ist für die Dienstleistungsbereiche jedoch aufgrund einer Neuauswahl der Berichtsbetriebe in der als Stichprobe angelegten Verdiensterhebung eingeschränkt. Generell ist bei der Interpretation von Durchschnittsverdiensten zu beachten, dass diese nicht nur die reinen Gehalts- und Lohnsteigerungen widerspiegeln, sondern auch strukturelle Effekte die Ergebnisse beeinflussen, wie Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und Verschiebungen zwischen den Wirtschaftszweigen. Diese Effekte können bei einem Wechsel der Berichtsbetriebe verstärkt auftreten. Das Verdienstniveau der Angestellten im Handel lag mit 2 510 Euro deutlich unter dem der beiden anderen erfassten Dienstleistungsbereiche Kreditgewerbe (2 970 Euro) und Versicherungsgewerbe (3 091 Euro).

Verdienste und Arbeitszeiten

Berichtsmerkmal	Einheit	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
			2001	2002
Produzierendes Gewerbe Arbeiterinnen und Arbeiter				
Bruttostundenverdienst	EUR	15,00	1,5	2,7
davon				
Arbeiterinnen	"	11,48	1,7	2,2
Arbeiter	"	15,41	1,4	2,7
darunter				
verarbeitendes Gewerbe	"	15,15	1,5	2,6
Energie- und Wasserversorgung	"	15,93	0,4	0,9
Baugewerbe	"	14,18	1,6	3,3
Bruttomonatsverdienst	"	2 465	0,9	2,1
Bezahlte Wochenarbeitsstunden	Std.	37,8	-0,8	-0,5
darunter				
Mehrarbeitsstunden	"	1,0	-21,4	-9,1
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	EUR	3 572	2,7	2,8
davon				
weibliche Angestellte	"	2 776	3,1	3,4
männliche Angestellte	"	3 849	2,5	2,6
darunter				
verarbeitendes Gewerbe	"	3 594	2,6	2,8
Energie- und Wasserversorgung	"	3 312	1,4	2,5
Baugewerbe	"	3 494	4,5	3,4
Handel¹⁾, Kredit- und Versicherungsgewerbe Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 687	3,7	3,4
davon				
weibliche Angestellte	"	2 303	3,6	2,4
männliche Angestellte	"	2 982	3,7	2,9
davon				
Handel	"	2 510	3,6	5,6
Kreditgewerbe	"	2 970	3,2	4,1
Versicherungsgewerbe	"	3 091	1,9	6,3

1) Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Tourismusbranche mit Einbußen

Die mehr als 4 000 rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe meldeten 2002 insgesamt rund 6,9 Mill. Gäste und 21,2 Mill. Übernachtungen. Das sind 0,7 bzw. 2% weniger als im Jahr 2001. Damit hat sich der Abwärtstrend des Vorjahres – allerdings abgeschwächt – fortgesetzt. Im längerfristigen Vergleich erzielte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche dennoch ein gutes Resultat.

Bevorzugte Reiseziele der Urlauber und Geschäftsreisenden waren die Städte und Gemeinden der Fremdenverkehrsregionen Mosel/Saar und Pfalz. Dorthin kamen etwa 1,7 bzw. 1,4 Mill. Besucher. An dritter Stelle folgte beim Gästeaufkommen das Feriengebiet Eifel/Ahr

mit 1,2 Mill. Besuchern, auf die rund 4,3 Mill. Übernachtungen entfielen. An Mosel und Saar waren bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3,4 Tagen insgesamt gut 5,7 Mill. Übernachtungen zu verzeichnen. Die Hoteliers und Gastronomen der Region lagen mit diesem Ergebnis bei den Gästen um 0,4% über und bei den Übernachtungen um 0,6% unter dem Vorjahresergebnis. In der Pfalz verweilten die Gäste durchschnittlich 2,8 Tage, so dass rund 4,1 Mill. Übernachtungen gezählt wurden. Die Zahl der Gästeankünfte reduzierte sich hier um 2%, die Zahl der Übernachtungen sank um 2,6%. Im Rheintal beherbergten die Betriebe rund 822 000 Gäste. Das waren 5,1% weniger als 2001. Die Übernachtungszahlen gingen um 7,3% auf gut 2 Mill. zurück. Auch die Regionen Rheinhessen, Westerwald/Lahn/Taunus sowie Hunsrück/Nahe/ Glan mussten hier Einbußen hinnehmen, wobei im letztgenannten Gebiet ein um 2% höheres Gästeaufkommen verzeichnet werden konnte.

Mit 7,6 Mill. Übernachtungen (-4,1%) entfiel deutlich mehr als ein Drittel (35,9%) aller Übernachtungen auf Hotels. Zweitwichtigstes Standbein des Fremdenverkehrs waren in Rheinland-Pfalz die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe mit insgesamt rund 3,3 Mill. Übernachtungen (-0,3%), gefolgt von den Ferienzentren und Ferienwohnungen (2,7 Mill.; +3,6%) sowie den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten (2,4 Mill.; -2,1%), die den Aufwärtstrend des Vorjahres allerdings nicht fortsetzen konnten. Auch in den Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen nahm das Gästeaufkommen einen positiven Verlauf.

Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
			2001	2002
Gäste	1 000	6 892	-4,2	-0,7
Übernachtungen	1 000	21 247	-3,3	-2,0
davon				
Rheintal	"	2 008	-2,0	-7,3
Rheinhessen	"	1 185	-2,9	-4,5
Eifel/Ahr	"	4 275	-6,8	0,4
Mosel/Saar	"	5 713	-1,7	-0,6
Hunsrück/Nahe/Glan	"	2 352	-2,2	-0,9
Westerwald/Lahn/Taunus	"	1 646	-6,5	-4,6
Pfalz	"	4 068	-2,0	-2,6
davon				
Hotels	"	7 626	-4,6	-4,1
Hotels garnis	"	951	-7,6	-4,3
Gasthöfe	"	809	-13,9	-2,7
Pensionen	"	911	-5,0	-8,8
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime, Schullandheime	"	1 402	-1,2	0,1
Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten	"	2 424	4,1	-2,1
Ferienzentren, Ferienhäuser	"	2 709	-7,0	3,6
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	"	1 158	3,2	1,1
Privatquartiere und gewerbl. Kleinbetriebe	"	3 255	-0,6	-0,3

Gastgewerbe 2000 = 100

Berichtsmerkmal	2002	Veränderung zum Vorjahr in %	
		2001	2002
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt) ^P			
Insgesamt	100,4	0,6	-0,2
Umsatz (nominal) ^P			
Insgesamt	100,0	2,7	-2,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	103,5	5,2	-1,6
Hotels, Gasthöfe und Pensionen	102,6	5,1	-2,4
Hotels (ohne Hotels garnis)	102,8	5,9	-2,9
Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen	97,9	1,3	-3,4
Restaurants mit herkömmlicher Bedienung	98,6	2,2	-3,6
sonstiges Gaststättengewerbe	97,8	0,5	-2,8
Schankwirtschaften	97,2	0,7	-3,4
Kantinen und Caterer	97,2	0,9	-3,7

Während die Übernachtungen der inländischen Besucher (17,2 Mill.) um 2,5% zurückgingen, war die Entwicklung bei den Ausländern (4,1 Mill.) mit +0,1% etwas günstiger. Der seit September 2001 festzustellende Negativtrend bei der Zahl der Gäste aus den USA hält weiter an. Im gesamten Jahr 2002 lagen die Einbußen bei US-Touristen im zweistelligen Bereich. Es kamen um 20,2% weniger Gäste, deren Übernachtungsaufkommen um 5,8% zurückging. Die Übernachtungszahlen der Niederländer stiegen um 1,5% auf rund 1,8 Mill., die der Belgier um 4,7% auf 630 000. Besonders ungünstig war wiederum die Entwicklung bei den britischen Gästen (165 350; -6,1%) und deren Übernachtungen (455 600; -4,5%). Insgesamt lag die Zahl der ausländischen Gäste (1,4 Mill.) um 1% unter dem Vorjahreswert. Sie übernachteten überwiegend in Hotels (1,8 Mill. Übernachtungen; -4,5%) und in Ferienzentren (1,1 Mill. Übernachtungen; +9,2%).

Rückläufige Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe

Im Jahr 2002 musste das rheinland-pfälzische Gastgewerbe Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahr von 2,6% hinnehmen. Den schwächsten Geschäftsverlauf verzeichneten die Kantinen und Caterer (-3,7%), gefolgt von Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen (-3,4%) und dem sonstigen Gaststättengewerbe (-2,8%), zu dem Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale gehören. Auch bei der klassischen Hotellerie, der neben Hotels die Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis zugeordnet werden, gingen die Umsätze zurück (-1,6%).

Kfz-Bestand steigt weiter

Vom 1. Januar 2002 bis zum 1. Januar 2003 erhöhte sich der rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugbestand um 0,8% auf 2 885 533 Fahrzeuge, darunter 2 370 069 Personenkraftwagen (+0,8%). Die Kfz-Dichte lag bei 713

Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge

Monat Zeitraum	Kraftfahrzeuge		Personenkraftwagen (einschl. Kombis)	
	2002	Veränderung zum Vorjahr	2002	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%
Januar	13 989	-4,6	12 676	-2,5
Februar	13 153	-4,3	11 328	-3,2
März	19 341	-16,1	16 099	-18,2
1. Quartal	46 483	-9,7	40 103	-9,7
April	19 506	-4,5	16 415	-3,0
Mai	17 644	-20,9	15 121	-20,8
Juni	18 450	3,5	15 800	6,0
1. u. 2. Quartal	102 083	-8,9	87 439	-8,3
Juli	16 300	4,2	13 996	6,1
August	14 576	-5,4	12 619	-4,0
September	15 864	1,3	14 118	1,6
1. - 3. Quartal	148 823	-6,3	128 172	-5,4
Oktober	15 126	-8,7	13 562	-9,4
November	13 819	-7,0	12 602	-6,3
Dezember	12 264	6,5	10 971	6,3
Jahr	190 032	-5,8	165 307	-5,2

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Fahrzeugen je 1 000 Einwohner. Hierbei kommen auf 1 000 Einwohner 585 Personenkraftwagen. Bei der Pkw-Dichte liegt Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern nach wie vor in der Spitzengruppe. Einen noch stärkeren Anstieg als bei den Personenkraftwagen gab es bei den Krafträdern (+2,8%), deren Bestand auf 211 549 Einheiten zunahm. Bei Lastkraftwagen (126 008) gab es dagegen einen leichten Rückgang von 0,3%.

In Rheinland-Pfalz wurden 2002 insgesamt 190 032 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Allerdings konnte der hohe Stand der Kfz-Verkäufe aus den Jahren 1999 und 2000 im zweiten Jahr in Folge nicht erreicht werden. So sank die Zahl der Zulassungen erneut um 5,8% gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen (165 307) ging gegenüber 2001 um 5,2% zurück. Bei Krafträdern (10 670; -8%) und Lastkraftwagen (9 641; -12,4%) waren die Einbußen noch stärker. Auch die Neuzulassungen von Zugmaschinen sanken um 1,3% auf 2 367.

Sinkender Güterumschlag in der Binnenschifffahrt

Die rheinland-pfälzischen Häfen an Rhein und Mosel leisten nach wie vor einen bedeutenden Beitrag zum bundesdeutschen Güterumschlag auf Binnenwasserstraßen. Hier konnten im Jahr 2002 insgesamt 24,3 Mill. t umgeschlagen werden. Das waren allerdings 2,9% weniger als im Vorjahr. Die rückläufige Entwicklung in der Binnenschifffahrt war vor allem in der ersten Jahreshälfte 2002 zu beobachten. Im saisonalen Vergleich wiesen insbesondere die Monate Januar, Februar und November hohe Einbußen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat aus. Das negative Gesamtergebnis wurde vor allem von einem niedrigeren Güteraufkommen bei Nahrungs- und Futtermitteln (ohne land- und

forstwirtschaftliche Erzeugnisse, lebende Tiere), Düngemitteln, Steinen und Erden sowie Erdöl, Mineralölprodukten und Gasen verursacht. Kräftig zulegen konnte lediglich der Güterumschlag von chemischen Erzeugnissen (+11,1%).

Wieder weniger landwirtschaftliche Betriebe

Im Jahr 2002 wirtschafteten in Rheinland-Pfalz nur noch rund 30 400 landwirtschaftliche Betriebe. Das entspricht einem Rückgang gegenüber der vergleichbaren Stichprobenerhebung vor zwei Jahren um etwa ein Zehntel. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche nahm ebenfalls weiter ab. Sie umfasste im letzten Jahr nur noch rund 707 000 ha.

Als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft werden die einzelbetrieblichen Produktionskapazitäten immer größer. So stieg die durchschnittliche Betriebsgröße weiter an und lag 2002 bei über 23 ha. Während der gesamte Viehbestand des Landes nach wie vor zurückging, nahmen die einzelbetrieblichen Durchschnittsbestände weiter zu. Im November 2002 standen noch 427 500 Rinder (-1%) in den Ställen der 7 400 rinderhaltenden Betriebe. Das waren 58 Tiere je Betrieb. In Deutschland ging der Rinderbestand um 3,5% auf 13,7 Mill. Tiere zurück. An Milchkühen wurden in Rheinland-Pfalz knapp 129 000 Tiere gehalten. Leicht rückläufig war auch die Zahl der Ammen- und Mutterkühe (49 400).

In 3 100 Betrieben wurden 358 900 Schweine gezählt (-4,6%). Damit standen in einem Betrieb durchschnittlich 115 Schweine. In Deutschland nahm der Schweinebestand dagegen um 1,1% auf 26,3 Mill. Tiere zu. Der Zuchtsauenbestand blieb in Rheinland-Pfalz mit 31 700 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Deutlich rückläufig war auch der Schafbestand (-7,9%). Im Mai 2002 hielten die rheinland-pfälzischen Schafhalter damit nur noch 127 200 Tiere.

Rheinland-pfälzische Landwirte kamen bei der Getreideernte mit einem blauen Auge davon

Wie im Jahr 2001 beeinflusste das Wettergeschehen auch im letzten Jahr die deutsche Getreideernte erheblich. Während die Aussaat des Winter- und Sommergetreides ohne größere Probleme erfolgen konnte, stand die Ernte ganz im Zeichen der starken Sommerniederschläge. Die rheinland-pfälzische Ernte lag mit 1,4 Mill. t Getreide (ohne Mais) auf dem Niveau des Vorjahres. Der durchschnittliche Getreideertrag belief sich auf 57 dt/ha und überschritt den Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 um rund 1,5 dt. Bundesweit fiel die Getreideernte nach der Rekordernte im Vorjahr um 13% auf 43,4 Mill. t zurück. Der bundesdeutsche Hektarertrag betrug 63 dt/ha. Ursächlich für den Rückgang waren die heftigen Regenfälle und gebietsweisen Überschwemmungen während der Erntezeit, die vor allem in Nord- und Ostdeutschland zu deutlichen Ertragseinbußen führten. An diesen Standorten erfüllten viele Getreidepartien dadurch auch nicht die technologischen Qualitätseigenschaften und mussten als Futtergetreide vermarktet werden.

Der Anbau von Wintergetreide nahm in Rheinland-Pfalz um 14% auf 161 000 ha zu. Allein die Winterweizenfläche stieg um 15% auf 92 600 ha. Deutlich eingeschränkt wurde dagegen der Sommergetreideanbau (-22%). Einen wesentlichen Anteil an dem Rückgang

Landwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	2001	2002	Veränderung 2002 zu 2001 in %
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt mit 75 ha und mehr LF	1 000 "	32,7	30,4 ¹⁾	-6,8
		2,6	2,7 ¹⁾	3,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	1 000 ha	708,1	707,0	-0,2
Erntemengen				
Getreide	1 000 t	1 407,5	1 396,1	-0,8
Winterraps	"	69,1	86,4	20,1
Zuckerrüben	"	1 094,2	1 449,5	24,5
Kartoffeln	"	267,9	310,9	13,8
Äpfel	1 000 t	45,0	42,4	-6,2
Sauerkirschen	"	6,0	8,6	30,0
Weinerzeugung	1 000 hl	5 905,4	6 581,5	11,4
Gemüseanbau im Freiland	ha	14 001	14 067	0,5
Viehbestand am 3. November				
Rinder	1 000 "	431,9	427,5	-1,0
Milchkühe	"	127,7	128,7	0,8
Schweine	"	376,3	358,9	-4,6
Schlachtmenge	1 000 t	134,0	127,3	-5,0
Rinder	"	33,5	34,5	3,0
Schweine	"	98,6	91,2	-7,5
Milchanlieferung	1 000 t	749,2	755,9	0,9
Index der Erzeugerpreise ²⁾				
landwirtschaftlicher Produkte	1995=100	100,8	94,6 ^p	-6,2
pflanzlicher Produkte	"	92,6	89,4	-3,5
Getreide	"	86,8	77,9	-10,3
Raps	"	114,0	114,9	0,8
Speisekartoffeln	"	56,6	56,8	0,4
Weinmost	"	71,7	71,7	-
tierischer Produkte	"	105,6	97,7 ^p	-7,5
Schlachtvieh	"	97,3	90,1	-7,4
Rinder	"	72,5	85,2	17,5
Schweine	"	114,7	92,2	-19,6
Index der Einkaufspreise ²⁾				
landwirtschaftlicher Betriebsmittel	"	109,9	109,7	-0,2

1) Stichprobenerhebung. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

hatte die Sommergerste mit nur noch 68 200 ha. Der Anbau von Raps und Rüben (28 300 ha) war ebenfalls wieder ausgedehnt worden, bei Winterraps (27 300 ha) um 15%. Die Erntemenge von Winterraps kletterte auf 86 400 t. In Deutschland stieg die Erntemenge von Raps und Rüben auf 4,2 Mill. t. Dazu trugen sowohl die Ausweitung der Anbaufläche als auch der höhere Ertrag bei.

War im Vorjahr noch die kleinste jemals in Rheinland-Pfalz geerntete Kartoffelmenge eingebracht worden, so stieg die Produktion im Jahr 2002 wieder an. Mit 9 600 ha wurden 10% mehr Kartoffeln als im Vorjahr angebaut. Die Erträge lagen mit 325 dt/ha leicht unter dem Durchschnittsertrag der letzten sechs Jahre. Die Kartoffelernte fiel deutschlandweit mit 11,1 Mill. t erneut klei-

ner aus als im Vorjahr (-3,4%). Das Erntegut war trotz der regional ungünstigen Witterungsbedingungen von überwiegend guter Qualität.

Rotweinboom ungebrochen

Das Jahr 2002 brachte mit 6,6 Mill. hl einen qualitativ guten Weinjahrgang hervor. Die Menge liegt zwar um 11% über der des Vorjahres, sie ist aber immer noch geringer als die des Jahres 2000 (6,7 Mill. hl). An Rotmost wurde mit 2 Mill. hl fast ein Drittel mehr als im Jahr zuvor geerntet. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Ausdehnung der mit roten Rebsorten bepflanzten Flächen und höhere Hektarerträge.

Die mit roten Rebsorten bestockte Rebfläche ist innerhalb eines Jahres um 13% ausgedehnt worden und nimmt mittlerweile über ein Viertel der Rebfläche des Landes ein. Wesentlichen Anteil an der Zunahme der Rotweinfläche hatte der Dornfelder. Seine Anbaufläche ist im letzten Jahr um über 1 000 ha auf 6 160 ha ausgeweitet worden.

Die landesweite Rebfläche insgesamt verkleinerte sich um 770 ha auf 64 700 ha. Die größten Rückgänge wiesen die Anbaugemeinden Mosel-Saar-Ruwer (-5,5%) und Mittelrhein (-4,1%) auf. Wenn die seit zwei Jahren zu beobachtende Entwicklung in diesen beiden Anbaugemeinden anhält, sind hier mittelfristig erhebliche Auswirkungen auf die Kulturlandschaft zu erwarten.

Gemüseanbau auf Vorjahresniveau

Die guten klimatischen Voraussetzungen in der pfälzischen Rheinebene und die dort vorhandene Vermarktungsstruktur ermöglichen seit Jahren eine Ausweitung des Gemüseanbaus. Dieser Trend setzte sich auch 2002 fort. Die landesweit für die Gemüseproduktion genutzte Fläche (14 000 ha) nahm gegenüber dem Vorjahr allerdings nur geringfügig zu. Zulegen konnten insbesondere Radieschen. Auf der hierfür vorgesehenen Fläche von mittlerweile 2 300 ha wurden 72 000 t geerntet. Die Anbaufläche von Möhren und Karotten, die ebenfalls noch zu den anbaustärkeren Gemüsearten gehören, fiel auf 1 500 ha zurück. Die Erntemenge betrug hier 60 500 t. Die Erntemenge von Blumenkohl lag mit 34 000 t, bei konstanter Anbaufläche, geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Im Marktobstanbau wurden im Vergleich zum Vorjahr bei den einzelnen Obstarten unterschiedliche Mengen geerntet. Während sich die Apfelernte nur auf 42 400 t belief (-6%), stieg die Sauerkirschenenernte um 42% auf 8 600 t. Verantwortlich hierfür war die Frühjahrswitterung, unter der vor allem die Apfelflüte litt. Von Pflaumen und Zwetschgen wurden 10 300 t und von Birnen 4 000 t eingebracht. Das waren 71 bzw. 6,5% mehr als im Jahr 2001.

Rinderschlachtungen über Vorjahresniveau

Im vergangenen Jahr wurden 116 300 Rinder geschlachtet. Das waren 3,9% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der geschlachteten Tiere lag damit sogar über der des Jahres 2000, als der erste BSE-Fall in Deutschland festgestellt wurde. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass der Rückgang beim Verzehr von Rindfleisch auf Grund der BSE-Krise überwunden sein dürfte.

Weiter rückläufig sind dagegen die Schlachtungen von Schweinen. Nach mehr als 40 Jahren wurden mit

995 800 Schweinen wieder weniger als 1 Mill. Tiere geschlachtet. Der Rückgang belief sich auf 7,8%. Die Schafschlachtungen nahmen sogar um 22% auf 51 700 ab.

Erzeugerpreise zumeist rückläufig

Noch während der Getreideernte 2002 wurde weltweit mit einem guten Ergebnis gerechnet. So lagen die Getreidepreise zunächst weit unter denen der Vorjahre. Sie festigten sich zwar im Laufe der Zeit, weil die Schätzungen für die Weltgetreideernte immer weiter zurückgenommen wurden, erreichten allerdings nicht das Vorjahresniveau. Der Preisindex für Getreide lag dementsprechend um 10% unter dem Vorjahreswert. Die deutschen Landwirte mussten dabei qualitativ geschädigte Ware mit hohen Preisabschlägen verkaufen. Beim Rapspreis wirkte sich die Entwicklung am Weltmarkt stabilisierend aus, so dass der Preisindex geringfügig über dem Vorjahreswert lag.

Trotz der niedrigeren inländischen Ernte bewegten sich die Erlöse für Speisekartoffeln nur auf dem Niveau des Vorjahres. Die verhaltene Nachfrage sowie das höhere Angebot in Westeuropa dürften Preissteigerungen verhindert haben. Während vor allem bei Äpfeln auf Grund der geringeren Ernte die Preise stiegen, lagen die Gemüsepreise deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Auf dem für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft wichtigen Weinmarkt gab es kaum Änderungen in der Preissituation. Vor allem die Fassweinvermarkter haben nach wie vor große Probleme, kostendeckende Preise am Markt zu realisieren.

Im Bereich der tierischen Produktion konnten die Landwirte nur bei Rindfleisch höhere Erlöse erzielen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die negativen Auswirkungen der BSE-Krise allmählich nachlassen. Bei den Erzeugerpreisen für Milch konnte das sehr gute Preisgefüge des Vorjahres nicht gehalten werden. Auch die Schlachtschweinepreise lagen deutlich unter den Vorjahreswerten.

Negative Entwicklung bei den Unternehmensergebnissen

Um die wirtschaftliche Lage landwirtschaftlicher Betriebe darstellen zu können, wurde bundesweit das so genannte Testbetriebsnetz aufgebaut. In Rheinland-Pfalz ist für die Betreuung und Auswertung die Landwirtschaftskammer zuständig. Sie konnte für das Wirtschaftsjahr 2001/2002 wie im Vorjahr fast 900 Buchführungsabschlüsse auswerten. Berücksichtigt wurden dabei nur Betriebe, für die auch im Jahr vorher ein Abschluss vorlag (Identische Betriebe)¹⁾.

Die ausgewerteten identischen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2001/2002 (1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002) ein Unternehmensergebnis von 26 200 Euro, was einen Rückgang um 4% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Erstmals wurde für die Darstellung der Betriebe nach ihrem betrieblichen Schwerpunkt die auf der europä-

ischen Ebene verwendete Klassifikation zu Grunde gelegt.

Die Dauerkulturbetriebe, zu denen im Wesentlichen die Weinbaubetriebe gehören und die in Rheinland-Pfalz innerhalb der Betriebsformen die größte Gruppe darstellen, erzielten mit 24 500 Euro über 8% weniger als im Jahr zuvor. Dies war vor allem auf die unbefriedigende Preissituation am Fassweinmarkt zurückzuführen. Weideviehbetriebe kamen mit 30 200 Euro auf ein Plus von 8%. Ursächlich hierfür war der im Vergleich zu den Vorjahren gestiegene Milchpreis. Das Ergebnis der Marktfruchtbetriebe lag mit 23 100 Euro nur geringfügig unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang bei den Verbundbetrieben betrug 16%, so dass sie nur noch auf 25 800 Euro kamen. Unter den Verbundbetrieben werden die Betriebe zusammengefasst, die sich noch nicht auf einen einzigen Produktionsbereich spezialisiert haben.

Mittlerweile erreichen die Ausgleichszahlungen einen Anteil am Unternehmensergebnis von 47%. Die einzelnen Betriebsformen weisen dabei jedoch deutlich unterschiedliche Anteile auf. Er lag bei den Marktfrucht- und Verbundbetrieben bei rund drei Viertel, während die Dauerkulturbetriebe nur auf 12% kamen.

Zur langfristigen Sicherung der Existenz des Betriebes wird eine Eigenkapitalbildung von mindestens 7 500 Euro als erforderlich erachtet. Für Investitionen zur betrieblichen Entwicklung standen im betrachteten Wirtschaftsjahr durchschnittlich 7 800 Euro zur Verfügung. Die Betriebe überschritten damit nur knapp die notwendige Eigenkapitalgrenze.

Ausblick: Kommission legt Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor

Die Europäische Kommission legte nach langer Diskussion im Januar dieses Jahres einen Verordnungsentwurf zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Damit soll die zurzeit geltende Agenda 2000 weiterentwickelt und eine langfristige Perspektive für eine nachhaltige Landwirtschaft entwickelt werden. Die Reform sieht eine grundsätzliche Umgestaltung des bisherigen Systems vor. So schlägt die Kommission zur Stabilisierung der Märkte vor, die Interventionspreise für Getreide, Reis und Milch zu senken und die entstehenden Erlöseinbußen teilweise auszugleichen. Ferner sollen die bisherigen produktbezogenen Zahlungen in eine betriebsbezogene und von der laufenden Produktion unabhängige Einkommenszahlung umgewandelt werden.

Die Direktzahlungen sollen zusätzlich oberhalb eines Freibetrages gekürzt werden. Die Prozentwerte steigen dabei im Laufe der Zeit (dynamische Modulation). Die so frei werdenden Gelder sollen teilweise für die Förderung des ländlichen Raums verwendet werden. Die Betriebe sollen auch verpflichtet werden, Mindeststandards im Bereich der Umwelt, des Tierschutzes, der Lebensmittelsicherheit und der Arbeitssicherheit, die so genannten Cross-Compliance-Bestimmungen, einzuhalten.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld
Diplom-Ökonom Rainer Klein
Dr. Hans Herbert Krieg
Diplom-Ökonom Peter Lübbers
Diplom-Betriebswirtin (FH) Simone Schmidt

¹⁾ Grüner Bericht 2002 der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, S. 157 ff.